freier Verfügung zurückgegeben werden, den Alliierten den Verkaufswert zurückzuerstatten. Meiner Ansicht nach ist es zweifelhaft, ob ich Befolgung letzterer Anempfehlung erzwingen kann, aber ich habe das feste Vertrauen, daß, wenn unser Komitee einstimmig erklären würde, eine solche Entschädigung sei gerecht und billig, zu gehöriger Zeit darauf Rücksicht genommen werden würde.

10. Vorübergehende Belegung durch Durchgangstruppen

Die Unterbringungskosten der in Bürgerquartier untergebrachten Durchgangstruppen sollen Anrechnung finden. Der Betrag der Anrechnung soll auf das deutsche Gesetz über Marschquartiere (»Quartierleistungsgesetz«) gegründet werden mit einem Zuschlag von 50 v. H. zu den Tarifen.

Zu 10. Ich bin der Ansicht, daß es praktisch ist, für die Unterbringung der Durchgangstruppen in Bürgerquartieren die Tarife des deutschen Gesetzes zugrunde zu legen. Jedoch habe ich aus Gründen der Gerechtigkeit und Billigkeit zu besagten Tarifen einen Zuschlag von 50 v. H. machen zu sollen geglaubt.

11. Zählungen von Pferden, Wagen und Automobilen

Bezüglich der vom Reich an die deutschen Einwohner für von den Alliierten angeordnete Musterungen von Pferden, Wagen und Kraftfahrzeugen gezahlten Entschädigungen soll keine Anrechnung erfolgen.

Zu 11. Es ist nicht meine Absicht, zu behaupten, die deutsche Regierung habe keinen Grund gehabt, ihre Staatsangehörigen für die durch Zählung von Pferden, Wagen und Kraftfahrzeugen verursachten Schäden und Lasten schadlos zu halten, aber ich bin der Ansicht, daß unser Komitee nicht in der Lage ist, diese Entschädigungen auf die Annuitäten anzurechnen, da sie nicht unter die Bestimmungen irgendeines der Art. 8 bis 12 des Rheinlandabkommens fallen.

12. Maßnahmen zur Verstärkung der Polizei

Die durch eine Verstärkung verursachten Kosten sollen angerechnet werden, insoweit besagte Verstärkung von den Alliierten für Zwecke gefordert worden ist, die mit den in den Artikeln 8 bis 12 des Rheinlandabkommens erwähnten Leistungen unmittelbar in Beziehung stehen. Der Betrag der Anrechnung soll einer angemessenen Entlohnung der geleisteten Dienste entsprechen.

Zu 12. Obwohl im allgemeinen die aus einer Verstärkung der Polizei sich ergebenden Entschädigungen nicht als Leistungen der Artikel 8 bis 12 des Rheinlandabkommens betrachtet werden können, ist es angezeigt, für Dienstleistungen der Polizei eine Entschädigung zur Anrechnung zu bringen, wenn die Alliierten diese Dienstleistungen für Zwecke gefordert haben, die zu besagten Leistungen in unmittelbarer Beziehung stehen.

13. Dolmetscher

Die Kosten der Dolmetscher sollen Anrechnung finden, insoweit ihre Dienstleistungen von den Alliierten für Zwecke verlangt worden sind, die zu den in den Artikeln 8 bis 12 des Rheinlandabkommens erwähnten Leistungen in unmittelbarer Beziehung stehen. Der Betrag der Anrechnung soll einer angemessenen Entlohnung der geleisteten Dienste entsprechen.

Zu 13. Was die Dolmetscher anbetrifft, kann dasselbe Argument geltend gemacht werden wie für die Entscheidung Nr. 12.

14. Wegeinstandsetzungen

Die durch Instandsetzung und Unterhaltung der Wege verursachten Kosten sollen nicht angerechnet werden, insoweit diese Kosten nicht unter das Abkommen Nr. 27 fallen.

Zu 14. Es erscheint unmöglich, festzustellen, in welchem Umfange die für die Wegeinstandsetzungen erforderlichen Ausgaben infolge Benutzung der Wege durch die Alliierten haben gesteigert werden müssen. Aus diesem Grunde können die Instandsetzungsarbeiten nicht wohl Anlaß zu einer Anrechnung geben.

15. Ausgaben für die Tätigkeit der Bewertungsausschüsse und des Auslegungsausschusses

a) Bezüglich der Kosten für die Tätigkeit der örtlichen Ausschüsse und des Schiedsausschusses soll Anrechnung erfolgen. Der Betrag der Anrechnung soll gleich den tatsächlichen Ausgaben sein.

b) Il n'y aura pas d'imputation pour les dépenses relatives au fonctionnement de la Commission d'interprétation.

15. a. et b. Il me semble que les Commissions d'évaluation sont tout d'abord destinées à fixer et à enregistrer le montant des frais imputables, et qu'il y a donc lieu par analogie d'assimiler les frais de ces Commissions à ceux des Commissions de contrôle administratif dont le rapport des Experts dit expressément, à la fin de la première partie du Chapitre XI, qu'ils ne peuvent pas être laissés à la charge de l'Allemagne en sus de l'annuité. En ce qui concerne la Commission d'Interprétation, son caractère arbitral prévaut, de sorte qu'il paraît logique de faire supporter par moitié les frais de cette Commission par chacune des Parties intéressées, ainsi qu'il est d'usage dans les arbitrages internationaux.

16. Réparations pour dommages causés par les militaires alliés

a) Il y aura imputation des frais occasionnés par la réparation des dommages causés par les militaires alliés, pour autant que ces dommages rentrent dans la catégorie des réparations locatives aux bâtiments et locaux d'habitation (voir l'accord N° 1) et qu'elles n'auraient pas été payées par les occupants individuels. Le montant de l'imputation sera égal au prix de revient de la réparation.

ad a. Cette manière de procéder a déjà, si je ne me trompe pas, été acceptée par les différentes Délégations. Je l'ai comprise parmi les décisions arbitrales parce qu'elle se rattache directement aux dommages traités aux §§ « b » et « c ».

b) Il n'y aura pas d'imputation pour la réparation des dommages qui selon la jurisprudence établie tombent sous le coup de l'article 6 de l'Arrangement rhénan.

ad b. Étant donné que la tâche de notre Commission est limitée à la fixation des catégories de prestations mentionnées aux articles 8-12 de l'Arrangement rhénan, je m'estime obligé de respecter la jurisprudence à laquelle l'article 6 de l'Arrangement a donné lieu.

c) Il n'y aura pas d'imputation pour réparation des dommages qui résultent de délits ou crimes commis par des militaires alliés.

ad c. Il ne saurait y avoir à mon avis, d'imputation des indemnisations allouées par le Gouvernement allemand aux habitants pour des délits ou crimes commis par des militaires alliés, étant donné que ces indemnisations ne peuvent être rangées parmi les prestations des articles 8-12 de l'Arrangement rhénan.

17. Places de théâtre, de cinéma, etc.

Il y aura imputation des indemnités payées par le *Reich* aux communes et aux particuliers pour les places de théâtre, de cinéma, etc., réclamées par les Alliés. Le montant de l'imputation ne pourra dépasser le prix des places.

ad 17. Je ne puis partager le point de vue qu'il serait équitable de limiter les indemnités à imputer aux sommes qui dépasseraient celles représentant la valeur des places mises gratuitement à la disposition des autorités civiles et militaires allemandes avant la guerre.

Le Président du Comité pour les prestations
dues aux Armées d'Occupation
Signé: **Patijn.**

b) Bezüglich der Ausgaben für die Tätigkeit des Auslegungsausschusses soll keine Anrechnung erfolgen.

Zu 15a und b. Mir scheint, die Bewertungsausschüsse sind zuallererst dazu bestimmt, den Betrag der anrechnungsfähigen Kosten festzustellen und zu registrieren, und per analogiam erscheint es mir demgemäß angezeigt, die durch diese Kommissionen verursachten Kosten mit denen der Kommissionen für Verwaltungskontrolle auf eine Stufe zu stellen, bezüglich deren der Sachverständigenbericht am Schluß des ersten Teiles von Kapitel XI ausdrücklich sagt, sie könnten nicht über die Annuität hinaus zu Lasten Deutschlands gehen. Was den Auslegungsausschuß angeht, überwiegt sein schiedsrichterlicher Charakter, so daß es logisch erscheint, die Kosten dieses Ausschusses von jeder der beiden beteiligten Parteien je zur Hälfte tragen zu lassen, so wie es bei internationalen Schiedsverfahren gebräuchlich ist.

16. Wiedergutmachungen für von alliierten Militärpersonen verursachte Schäden

a) Die durch die Wiedergutmachung der von alliierten Militärpersonen verursachten Schäden entstandenen Kosten sollen zur Anrechnung kommen, insoweit diese Schäden unter die Gattung der sogenannten kleinen oder laufenden Reparaturen an Gebäuden und Wohnräumen fallen (siehe Abkommen Nr. 1) und insoweit diese Reparaturen nicht von den betreffenden Einzelpersonen der Besatzungsmacht bezahlt worden sein sollten. Der Betrag der Anrechnung soll gleich dem Gestehungspreis (Selbstkostenpreis) der Reparatur sein.

Zu a. Diese Verfahrensweise ist, wenn ich mich nicht täusche, von den verschiedenen Delegationen bereits akzeptiert worden. Unter die schiedsrichterlichen Entscheidungen habe ich sie aufgenommen, weil sie zu den §§ b und c behandelten Schäden in direkter Beziehung steht.

b) Für die Wiedergutmachung der Schäden, die nach der bestehenden Rechtsprechung unter Artikel 6 des Rheinlandabkommens fallen, soll keine Anrechnung erfolgen.

Zu b. Da die Aufgabe unseres Komitees auf die Festsetzung der in den Artikeln 8 bis 12 des Rheinlandabkommens erwähnten Leistungskategorien beschränkt ist, halte ich mich für verpflichtet, die Rechtsprechung zu respektieren, zu deren Schaffung Artikel 6 des Rheinlandabkommens Veranlassung gegeben hat.

c) Für Wiedergutmachung derjenigen Schäden, die sich aus von alliierten Militärpersonen verübten Vergehen oder Verbrechen ergeben, soll eine Anrechnung nicht stattfinden.

Zu c. Meiner Ansicht nach kann für die von der Deutschen Regierung an die deutschen Einwohner für von alliierten Militärpersonen verübte Vergehen oder Verbrechen gewährten Entschädigungen nicht wohl eine Anrechnung erfolgen, da diese Entschädigungen nicht unter die Leistungen der Artikel 8 bis 12 des Rheinlandabkommens eingereiht werden können.

17. Theater- und Kinoplätze usw.

Bezüglich der vom Reich an die Gemeinden und Privatpersonen für die von den Alliierten angeforderten Theater- und Kinoplätze usw. gezahlten Entschädigungen soll Anrechnung erfolgen. Der Betrag der Anrechnung soll den Preis der Plätze nicht überschreiten dürfen.

Zu 17. Ich kann die Ansicht nicht teilen, daß es gerecht und billig sein würde, die anzurechnenden Entschädigungen auf diejenigen Summen zu beschränken, welche über diejenigen hinausgehen würden, die den Wert der vor dem Kriege gratis den deutschen Zivil- und Militärbehörden zur Verfügung gestellten Plätze darstellen.

Der Vorsitzende des Komitees
für die den Besatzungsarmeen zustehenden Leistungen
(gez.) **Patijn.**

Annexe C

I.

(Articles du Règlement)

II.

Dans les cas non prévus à l'article I, les dispositions de cet article devront, autant que possible, être appliquées par analogie.

III.

Dans les cas qui donneront lieu à des imputations sur les annuités du Plan Dawes, les autorités compétentes tant alliées qu'allemandes se concerteront avant que des dépenses soient faites, dans le but de se mettre d'accord sur le montant de l'imputation. A défaut d'accord le montant de l'imputation sera évalué par les Commissions d'évaluation.

ad II et III. Il me semble que ces 2 articles devront être insérés à la fin du Règlement.

L'article II a déjà été discuté en passant au cours des séances de notre Comité; au sujet de l'article III si je ne me trompe, un accord a été réalisé en principe.

Anlage C

I.
(Artikel des Kodex)

II.

In den in obigem Artikel I nicht vorgesehenen Fällen müssen die Bestimmungen dieses Artikels soweit wie möglich per analogiam Anwendung finden.

III.

In allen Fällen, die zu Anrechnungen auf die Annuitäten des Dawesplanes Anlaß geben, sollen sich die zuständigen alliierten wie deutschen Behörden, bevor noch Ausgaben gemacht werden, zu dem Zweck miteinander ins Benehmen setzen, über den Betrag der Anrechnung zur Einigung zu gelangen. In Ermangelung einer Einigung soll der Betrag der Anrechnung von den Bewertungsausschüssen im Schätzungswege festgesetzt werden.

Zu II und III. Mir scheint, diese zwei Artikel müssen am Schluß des Kodex aufgenommen werden.

Artikel II ist im Verlauf der Sitzungen unseres Komitees bereits im Vorübergehen gestreift worden; hinsichtlich Artikel III ist, wenn ich mich nicht täusche, im Prinzip eine Einigung zustande gekommen.

Annexe N° 3

Note de M. le Président Patijn du 13 mars 1925

Annexe N° 3

Note de M. le Président Patijn, du 13 mars 1925

Télégraphes, Téléphones et Postes

Sous la forme d'annexe à une lettre en date du 4 février dernier, je reçus de M. le Conseiller Orth un projet de Règlement concernant les prestations télégraphiques, téléphoniques et postales imputables sur l'annuité Dawes. Un accord avait été réalisé entre lui et M. le Colonel Becq, sauf sur cinq points, au sujet desquels devait intervenir une décision arbitrale.

Par lettre en date du 10 février, signée par M. le Contrôleur-Général Litschfousse, le Général Goligher et M. Paul Greiner, le même projet de Règlement me fut envoyé. Les trois délégués me confirmaient, qu'il était rédigé d'accord avex les experts alliés et allemands, mais attiraient en même temps mon attention sur trois modifications qu'il estimaient devoir y être apportées.

Je me suis demandé s'il était nécessaire de faire savoir à la Délégation allemande les réserves formulées par les Délégation alliées. L'accord réalisé par les experts reposait en effet sur des concessions réciproques. Si une des parties ne croyait pas pouvoir ratifier quelques-unes des concessions faites par leurs experts, il y avait lieu de permettre à l'autre partie de modifier également son point de vue, si elle le désirait.

Je n'ai toutefois pas cru devoir agir de la sorte pour la raison suivante. Si la Délégation allemande avait cru devoir, en raison des réserves faites par la Délégation alliée, apporter de nouvelles modifications au projet du Règlement, le nombre des questions nécessitant une décision arbitrale, aurait été augmenté; ces questions m'auraient par conséquent été soumises. A mon avis je ne saurais remplir ma tâche d'arbitre d'une façon meilleure et plus impartiale qu'en me tenant à l'opinion unanime des experts désignés par les parties elles-mêmes. J'aurais par conséquent, quelles qu'eussent été les réserves formulées concernant les points au sujet desquels les experts alliés et allemands s'étaient déjà mis d'accord, pris en tout état de cause le projet de Règlement comme base de mes décisions. J'espère que les différentes Délégations estimeront juste que dans ces conditions j'ai décidé: d'une part de ne pas adopter les trois modifications au projet de Règlement estimées nécessaires par les Délégations, d'autre part de ne plus donner l'occasion à la Délégation allemande de faire connaître si elle désirait reprendre certaines décisions de ses experts en raison du fait que les Délégations alliées n'ont pas ratifié les accords réalisés sur tous les points.

Je me rallie donc au projet de Règlement qui m'a été envoyé pour autant que les experts respectifs se sont mis d'accord.

Cinq points m'ont été soumis au sujet desquels les experts n'ont pas su se mettre d'accord.

I. *Art. 1 § E.* — La Délégation allemande réclame l'imputation sur les annuités du plan Dawes d'une indemnité pour déficit de taxes télégraphiques et téléphoniques pour les lignes réquisitionnées par les Alliés avant le 1er septembre 1924. Les Délégations alliées sont d'avis que ces lignes ne doivent pas donner lieu à l'imputation de ladite indemnité.

En raison des considérations énoncées au sujet de ma décision concernant la location de bâtiments appartenant au *Reich*, je me rallie au point de vue des Délégations alliées.

Anlage Nr. 3

Schreiben des Herrn Präsidenten Patijn vom 13. März 1925

Anlage 3

Schreiben des Herrn Präsidenten Patijn vom 13. März 1925

Telegraph, Telephon und Post

In Form einer Anlage zu einem vom 4. Februar d. J. datierten Brief habe ich von Herrn Ministerialrat Orth einen Codexentwurf über die auf die Dawes-Annuität anrechenbaren Leistungen für Telegraph, Telephon und Post erhalten. Ein Abkommen war zwischen ihm und Herrn Oberst Becq zustande gebracht worden, mit Ausnahme von 5 Punkten, über die ein Schiedsspruch zu ergehen hatte.

Durch einen vom 10. Februar datierten und von den Herren Generalkontrolleur Litschfousse, General Goligher und Paul Greiner unterzeichneten Brief wurde mir derselbe Codexentwurf zugesandt. Die drei Delegierten bestätigten mir, er sei im Einvernehmen zwischen den alliierten und deutschen Sachverständigen abgefaßt worden, lenkten aber gleichzeitig meine Aufmerksamkeit auf 3 Abänderungen, die nach ihrer Ansicht daran vorzunehmen waren.

Ich habe mich gefragt, ob es nötig sei, die von den alliierten Delegationen formulierten Vorbehalte der deutschen Delegation zur Kenntnis zu bringen. Das von den Sachverständigen zustande gebrachte Abkommen beruhte doch in der Tat auf wechselseitigen Zugeständnissen. Wenn nun eine der beiden Parteien einige der von ihren Sachverständigen gemachten Zugeständnisse nicht ratifizieren zu können glaubte, war es geboten, der anderen Partei zu gestatten, ihren Standpunkt, falls sie es wünschte, gleichfalls abzuändern.

Jedoch habe ich aus folgendem Grunde nicht so verfahren zu sollen geglaubt. Wenn die deutsche Delegation wegen der von der alliierten Delegation gemachten Vorbehalte neue Abänderungen an dem Codexentwurf vornehmen zu sollen geglaubt hätte, würde die Zahl der einen Schiedsspruch erheischenden Fragen sich vergrößert haben, und diese Fragen wären mir demgemäß unterbreitet worden. Meines Erachtens kann ich meine Aufgabe als Schiedsrichter auf keine bessere und unparteiischere Weise lösen, als indem ich mich an die einstimmige Meinung der von den Parteien selber ernannten Sachverständigen halte. Demgemäß würde ich, welches auch die bezüglich der Punkte, über die die alliierten und deutschen Sachverständigen sich bereits geeinigt hatten, formulierten Vorbehalte sein mochten, den Codexentwurf unter allen Umständen zur Grundlage meiner Entscheidungen genommen haben. Ich hoffe, die verschiedenen Delegationen werden es für richtig halten, daß ich unter diesen Umständen entschieden habe: einerseits die von den alliierten Delegationen für notwendig erachteten 3 Abänderungen an dem Codexentwurf nicht anzunehmen, und andererseits der deutschen Delegation keine Gelegenheit mehr dazu zu geben, zu erklären, ob sie wegen der Tatsache, daß die alliierten Delegationen die zustande gebrachten Abkommen nicht in allen Punkten ratifiziert haben, gewisse Entscheidungen ihrer Sachverständigen zurückzuziehen wünsche.

Ich schließe mich also, insoweit die betreffenden Sachverständigen sich geeinigt haben, an den mir übersandten Codexentwurf an.

5 Streitpunkte sind mir unterbreitet worden, bezüglich deren die Sachverständigen sich nicht zu einigen vermocht haben.

I. Art. 1 § E. Die Deutsche Delegation verlangt die Anrechnung einer Entschädigung auf die Annuitäten des Dawes-Planes wegen Ausfalls telegraphischer und telephonischer Gebühren für die von den Alliierten vor dem 1. September 1924 beschlagnahmten Linien. Die alliierten Delegationen sind der Ansicht, diese Linien dürften zur Anrechnung besagter Entschädigung keinen Anlaß geben.

Auf Grund der im Zusammenhang mit meiner Entscheidung über die Vermietung reichseigener Gebäude ausgesprochenen Erwägungen schließe ich mich der Anschauung der alliierten Delegationen an.

Le quatrième alinéa de l'art. 1 § E devra par conséquent être lu comme suit :

Décision arbitrale N° 18 « *Les lignes réquisitionnées par les Alliés avant le 1er septembre 1924 ne donneront pas lieu à cette indemnité.* »

II. *Art. 3 § C.* — La Délégation allemande réclame l'imputation sur les annuités du Plan Dawes d'une indemnité pour déficit de taxes téléphoniques sur les lignes téléphoniques spéciales (réseaux urbains, centraux et postes) réquisitionnées par les Alliés avant le 1er septembre 1924. Les Délégations alliées sont d'avis que ces lignes ne doivent pas donner lieu à l'imputation de ladite indemnité.

Dans cette question, en raison des mêmes considérations que celles mentionnées au I je me rallie également au point de vue des Délégations alliées.

En conséquence, le dernier alinéa de l'art. 3 § C devra être lu comme suit :

Décision arbitrale N° 19 « *Les lignes réquisitionnées par les Alliés avant le 1er septembre 1924 ne donneront pas lieu à cette indemnité.* »

III. *Art. 5.* — Il s'agit dans cet article de taxes pour l'expédition des télégrammes et pour le passage de conversations téléphoniques sur les réseaux non réquisitionnées par les Alliés. La Délégation allemande réclame que pour les conversations officielles, qui auront priorité dans tous les cas, l'imputation soit du triple des taxes pour les conversations téléphoniques intérieures en Allemagne occupée ou non-occupée. Les Délégations alliées estiment qu'il n'y a pas lieu à tripler les taxes.

La Délégation allemande base son exigence sur l'impossibilité de donner satisfaction aux demandes de conversations urgentes du public, si les conversations téléphoniques des Alliés devront toujours avoir la priorité, ce qui, surtout pendant les heures de la journée les plus chargées entraîne un manque de recettes pour l'Administration postale.

A mon avis toutes les données font défaut pour pouvoir répondre à la question de savoir à quel degré la priorité accordée aux conversations officielles des Alliés rend impossible de donner suite aux demandes du public pour les conversations urgentes. En outre les échanges de vue ont fait ressortir que d'une part les recettes résultant des différents tarifs allemands ne donnent qu'un profit insignifiant et ne sont en conséquence que juste suffisantes pour couvrir les frais de l'Administration postale, mais que d'autre part ces frais couvrent également des améliorations auxquelles les Alliés n'ont point d'intérêt. Pour cette raison j'estime qu'il est équitable que les conversations officielles des Alliés auxquelles la priorité est accordée, soient redevables de la taxe simple et non d'une triple taxe. Cette réduction sur le tarif allemand peut être considérée comme une compensation pour le pourcentage que contient le tarif pour les améliorations susmentionnées.

C'est dans cet ordre d'idées que j'ai cru devoir arrêter ma décision en faisant figurer à la fin de l'alinéa 1 de l'Art. 5 les mots suivants :

Décision arbitrale N° 20 « *sans triple taxe pour les conversations téléphoniques intérieures en Allemagne occupée ou non-occupée.* »

IV. *Art. 7.* — Pour l'indemnité à imputer pour l'occupation et l'entretien des bâtiments, bureaux et terrains, les Délégations alliées désirent suivre les règles admises d'autre part pour les immeubles du *Reich*; la Délégation allemande celles admises pour les immeubles privés.

La première solution me semble logique, étant donné que l'Administration des Télégraphes, Téléphones et Postes est gérée séparément avec une comptabilité commerciale indépendante de celle des finances du *Reich*, mais ne possède pas de personnalité juridique indépendante et forme en réalité une partie intégrante de l'Administration de l'État.

En conséquence, l'Art. 7 devra être lu :

Décision arbitrale N° 21 « *Seront imputées sur l'annuité Dawes les dépenses résultant de l'occupation et de l'entretien des immeubles ou parties d'immeubles de l'Administration des Postes du Reich, suivant les règles admises d'autre part pour les immeubles du Reich.* »

Demnach muß der vierte Absatz von Art. 1 § E folgendermaßen lauten:

»Die von den Alliierten vor dem 1. September 1924 beschlagnahmten Linien sollen nicht Anlaß zu dieser Entschädigung geben.« Schiedsspruch Nr. 18

II. Art. 3 § C. Die Deutsche Delegation verlangt Anrechnung einer Entschädigung auf die Annuitäten des Dawes-Planes wegen Ausfalls von Telephongebühren auf den von den Alliierten vor dem 1. September 1924 requirierten Sondertelephonleitungen (Stadtnetze, Zentralen und Einzelstationen). Die alliierten Delegationen sind der Ansicht, diese Linien dürften nicht Anlaß zur Anrechnung besagter Entschädigung geben.

In dieser Frage schließe ich mich auf Grund der nämlichen, wie oben unter I erwähnten Erwägungen gleichfalls an die Anschauung der alliierten Delegationen an.

Demnach muß der letzte Absatz des Artikels 3 § C folgendermaßen lauten:

»Die von den Alliierten vor dem 1. September 1924 beschlagnahmten Linien sollen nicht Anlaß zu dieser Entschädigung geben.« Schiedsspruch Nr. 19

III. Art. 5. In diesem Artikel handelt es sich um Gebühren für Beförderung von Telegrammen und für Weitergabe von Telephongesprächen auf den von den Alliierten nicht beschlagnahmten Netzen. Die Deutsche Delegation fordert, daß die für die amtlichen Mitteilungen, welche in allen Fällen den Vorrang genießen, anzurechnende Summe den dreifachen Betrag der Gebühren für innere Telephongespräche im besetzten oder unbesetzten Deutschland betragen soll. Die alliierten Delegationen sind der Ansicht, es liege kein Anlaß vor, die Gebühren zu verdreifachen.

Die Deutsche Delegation gründet ihren Anspruch auf der Unmöglichkeit, den Forderungen des Publikums nach dringenden Gesprächen nachzukommen, wenn die Telephongespräche der Alliierten stets den Vorrang haben müssen, ein Umstand, der besonders während der meistbelasteten Tagesstunden für die Postverwaltung einen Einnahmeausfall nach sich zieht.

Meines Dafürhaltens fehlen alle Unterlagen, um auf die Frage antworten zu können, in welchem Grade der den amtlichen Gesprächen der Alliierten zugestandene Vorrang es unmöglich macht, den Forderungen des Publikums nach dringenden Gesprächen stattzugeben. Überdies ist aus dem Gedankenaustausch hervorgegangen, daß einerseits die aus den verschiedenen deutschen Tarifen sich ergebenden Einnahmen nur einen unbedeutenden Nutzen abwerfen und demgemäß nur gerade dazu ausreichend sind, die Kosten der Postverwaltung zu decken, daß aber andererseits letztere Kosten gleichfalls Verbesserungen decken, an denen die Alliierten kein Interesse haben. Aus diesem Grunde halte ich es für recht und billig, daß für die amtlichen Gespräche der Alliierten, denen der Vorrang zugestanden ist, die einfache und nicht eine dreifache Gebühr zu entrichten ist. Diese Ermäßigung des deutschen Tarifes kann als ein Ausgleich für den Prozentsatz betrachtet werden, welchen der Tarif für oben erwähnte Verbesserungen enthält.

In diesem Zusammenhang habe ich meinen Schiedsspruch dahingehend fällen zu sollen geglaubt, daß ich an das Ende von Abs. 1 des Artikels 5 folgende Worte setze:

»Ohne dreifache Gebühr für die inneren Telephongespräche im besetzten oder unbesetzten Deutschland«. Schiedsspruch Nr. 20

IV. Artikel VII. Für die für Beschlagnahme und Unterhalt der Gebäude, Amtsräume und Grundstücke anzurechnende Entschädigung wünschen die alliierten Delegationen die an anderer Stelle für die Immobilien des Reichs zugestandenen Regeln, die deutsche Delegation dagegen die für Privatimmobilien zugestandenen Bestimmungen zu befolgen.

Mir erscheint die erste Lösung logisch, da doch die Telegraphen-, Telephon-, und Postverwaltung gesondert mit einer von der der Reichsfinanzen unabhängigen kaufmännischen Buchführung verwaltet wird, aber nicht den Charakter einer selbständigen juristischen Person besitzt und in Wirklichkeit einen integrierenden Bestandteil der Staatsverwaltung darstellt.

Demgemäß muß Artikel 7 folgendermaßen lauten:

»Auf die Dawes-Annuität sollen gemäß den an anderer Stelle für die Immobilien des Reiches zugestandenen Regeln Anrechnung finden die sich aus der Besetzung und dem Unterhalt der Immobilien oder von Teilen von Immobilien der Reichspostverwaltung ergebenden Ausgaben«. Schiedsspruch Nr. 21

V. *Art. 10.* — Selon le projet de Règlement, les Délégations sont d'accord qu'il y aura pour le personnel, mis entièrement à la disposition des Alliés sur leur demande, imputation non seulement du traitement normal, mais d'une certaine somme en sus, alors que la Délégation allemande estime que la majoration devra être de 100 % (1), les Délégations alliées ne croient pas pouvoir imputer en sus du montant des traitements une somme dépassant les frais de fourniture ou de renouvellement de vêtements de service et d'outils de travail, ainsi que d'assistance médicale, arrêtés par les Commissions d'évaluation.

La Délégation allemande m'informe qu'en principe elle n'a pas d'objection à ce que les Commissions d'évaluation fixent le montant des majorations, bien qu'elle estime — surtout en raison du peu d'importance des sommes envisagées — qu'il serait plus simple de se mettre d'accord sur un pourcentage fixe, dont le montant des salaires serait majoré. Elle désire cependant que non seulement soient prises en considération les catégories de dépenses mentionnées par les Alliés, mais aussi d'autres catégories, dont elle cite:

a) les frais de remplacement en cas de maladie ou de congé,
b) les frais occasionnés par la mise à la disposition de locaux pour le travail, y compris le chauffage et l'éclairage;
c) les frais occasionnés par la livraison de fournitures de bureau.

D'accord avec la Délégation allemande je suis d'avis qu'il est préférable de fixer un pourcentage déterminé pour la majoration. Mais comme je ne dispose pas de données me permettant de me rendre compte quel serait le montant équitable de ce pourcentage, je me vois obligé d'accepter la manière d'évaluation proposée par les Délégations alliées.

Il reste à décider, s'il devra être tenu compte des catégories de dépenses mentionnées par la Délégation allemande pour la fixation du montant de l'imputation.

ad a. Il me paraît juste, qu'en cas de congé ou de maladie du personnel, mis entièrement à la disposition des Alliés, le montant à imputer contienne tant les traitements, auxquels les fonctionnaires et employés, absents en raison de congé ou de maladie peuvent prétendre en toute équité, que les traitements du personnel de remplacement. Dans tout service public le total des charges de salaires est calculé en tenant compte de ce qui est payé aux malades et aux absents pour raisons de congé. Toutefois, il me semble que l'interprétation précise de la proposition alliée (« les dépenses résultant... du traitement normal ») implique déjà les traitements de maladie et de congé, et que par conséquent en ce qui concerne ce point, la formule n'a pas besoin d'être élargie. Si cependant au cours des discussions concernant la rédaction du Règlement on juge qu'il est préférable de préciser cette disposition, je serai tout prêt à m'y rallier.

ad b. Les frais de locaux tombent sous le coup de l'article 7 du projet de Règlement, de sorte qu'il n'y a pas lieu, à mon avis, de majorer de ce chef les salaires.

ad c. J'arrive à la même conclusion en ce qui concerne les frais occasionnés par la livraison de fournitures de bureau, lesquels tombent sous le coup de l'article 8 du projet de Règlement.

L'article 10 doit par conséquent être lu comme suit:

Décision arbitrale N° 22

« *Seront imputées sur l'annuité Dawes les dépenses résultant pour le personnel mis entièrement à la disposition des Alliés sur leur demande, du traitement normal majoré de la fourniture ou du renouvellement de vêtements de service et d'outils de travail ainsi que des frais d'assistance médicale.* » (2)

Il n'est à mon avis pas nécessaire d'ajouter les mots proposés « arrêtés par les Commissions d'évaluation », étant donné que l'observation générale à insérer dans le Règlement concernant le mode de fixation du montant de l'imputation suffira à cet effet.

Signé: **Patijn.**

(1) Dans une lettre explicative ce pourcentage est réduit à 75 %.
(2) Décision arbitrale modifiée; le texte modifié figure à la page 32.

V. Artikel 10. Gemäß dem Codex-Entwurf haben sich die Delegationen darüber geeinigt, daß für das den Alliierten auf ihr Verlangen vollständig zur Verfügung gestellte Personal nicht nur Anrechnung des normalen Gehaltes, sondern einer bestimmten darüber hinausgehenden Summe stattfinden solle. Während nun die Deutsche Delegation der Ansicht ist, der Aufschlag müsse 100 v. H. betragen [1]), glauben die alliierten Delegationen nicht über den Betrag der Gehälter hinaus eine Summe anrechnen zu können, welche über die von den Bewertungsausschüssen festgesetzten Kosten für Lieferung oder Erneuerung von Dienstkleidung und Arbeitsgeräten sowie diejenigen der Fürsorge in Krankheitsfällen hinausgehen.

Die Deutsche Delegation teilt mir mit, im Prinzip habe sie nichts dagegen, daß die Bewertungsausschüsse den Betrag der Aufschläge festsetzen, wenn schon sie der Ansicht sei — hauptsächlich mit Rücksicht auf die geringe Höhe der in Rede stehenden Summen —, daß es einfacher wäre, sich über einen festen Prozentsatz, um den der Betrag der Gebührnisse erhöht werden würde, zu einigen. Jedoch wünscht die Deutsche Delegation, daß nicht nur die von den Alliierten erwähnten Ausgabengattungen, sondern auch andere in Betracht gezogen würden, von denen sie folgende anführt:

a) die Kosten für Ersatzbeschaffung bei Krankheits- oder Urlaubsfällen,
b) die Kosten für Zurverfügungstellung von Arbeitsräumlichkeiten, einschließlich Heizung und Beleuchtung,
c) die Kosten für Lieferung von Büromaterial.

Ich gehe darin mit der Deutschen Delegation konform, daß ich der Ansicht bin, die Festsetzung eines bestimmten Prozentsatzes für den Aufschlag verdiene den Vorzug. Da ich aber über keine Unterlagen verfüge, die mich in den Stand setzen würden, mir darüber Rechenschaft abzulegen, welches der angemessene Betrag dieses Prozentsatzes sein würde, sehe ich mich gezwungen, die von den alliierten Delegationen vorgeschlagene Bewertungsmethode anzunehmen.

Nun bleibt noch zu entscheiden, ob die von der Deutschen Delegation für Festsetzung des Betrags der Anrechnung erwähnten Ausgabengattungen zu berücksichtigen sind.

Zu a. Es erscheint mir gerecht, daß in Fällen von Beurlaubung oder Krankheit des den Alliierten vollständig zur Verfügung gestellten Personals der anzurechnende Betrag sowohl die Gehälter, auf welche die wegen Urlaub oder Krankheit dem Dienst fernbleibenden Beamten und Angestellten nach Recht und Billigkeit Anspruch haben, als auch die Gehälter des Ersatzpersonals in sich schließe. In jedem öffentlichen Dienstzweig wird die Gesamtsumme der Budgetbelastung durch Gebührnisse unter Berücksichtigung dessen berechnet, was an die Kranken und an die wegen Beurlaubung Abwesenden gezahlt wird. Jedoch scheint mir, daß eine genaue Auslegung des alliierten Vorschlages (»die sich ..... aus dem normalen Gehalt ergebenden Ausgaben«) die in Krankheits- und Urlaubsfällen zu zahlenden Gebührnisse bereits impliziert und daß demnach diesbezüglich die Formel einer Erweiterung nicht bedarf. Wenn man indessen im Verlauf der Besprechungen über die Fassung des Codex der Meinung sein sollte, es sei besser, diese Bestimmung schärfer zu präzisieren, würde ich durchaus bereit sein, mich dem anzuschließen.

Zu b. Die Kosten für die Arbeitsräumlichkeiten fallen unter Artikel 7 des Codex-Entwurfs, so daß m. E. kein Anlaß dazu vorliegt, deshalb einen Aufschlag zu den Gebührnissen zu machen.

Zu c. Ich komme zu demselben Schluß hinsichtlich der Kosten für Lieferung von Büromaterial, welches unter Artikel 8 des Codex-Entwurfs fällt.

Demgemäß muß Artikel 10 folgendermaßen lauten:

Schiedsspruch Nr. 22*)

»Auf die Dawes-Annuität sollen Anrechnung finden: die Ausgaben, welche sich bezüglich des den Alliierten auf ihr Verlangen vollständig zur Verfügung gestellten Personals aus dem normalen Gehalt ergeben, zu dem ein Aufschlag für Lieferung oder Erneuerung von Dienstkleidung und Arbeitsgeräten sowie für die Kosten der Fürsorge in Krankheitsfällen kommt.«

Meines Dafürhaltens ist es nicht erforderlich, die vorgeschlagenen Worte »..... die von den Bewertungsausschüssen festgesetzten .....« hinzuzufügen, da ja die in den Codex aufzunehmende allgemeine Bemerkung über die Art der Festsetzung des anzurechnenden Betrages zu diesem Zwecke ausreichen wird.

(gez.) **Patijn.**

[1]) In einem erläuternden Brief wird dieser Prozentsatz auf 75 v. H. ermäßigt.

*) Der Schiedsspruch wurde geändert; den geänderten Wortlaut siehe Seite 33.

Annexes Nos 4-9

Décisions arbitrales Nos 23-28

Annexe No 4

Décision arbitrale No 23

Les Délégations alliées désirent ajouter aux Observations Générales une disposition stipulant que seules les prestations ou les parties de prestations effectuées après le 31 août 1924 peuvent donner lieu à imputation. La Délégation allemande estime, par contre, qu'il serait équitable de rendre possible l'imputation des frais de prestations effectuées avant le 1er septembre, pour autant que le mandatement de ces sommes n'ait pu se faire avant cette date et que les paiements du *Reich* aient par conséquent eu lieu après cette date.

Considérant,

que le 1er septembre 1924 est reconnu par les parties comme la date de la mise en vigueur du rapport Dawes;

que la tâche du Comité consiste à établir quelles catégories de prestations devront être imputées sur les annuités en vertu du Plan Dawes;

qu'il est par conséquent douteux que le Comité soit compétent pour prendre des décisions concernant l'imputation de prestations antérieures au 1er septembre 1924;

qu'on s'est en outre basé, dans plusieurs des accords réalisés, sur le principe que seules les prestations effectuées après le 31 août 1924 peuvent donner lieu à imputation, par exemple dans l'accord (Poste VII *c*) stipulant qu'imputation sera faite des indemnités accordées par le *Reich* aux habitants *qui auront dû évacuer leurs demeures après le* 31 août 1924, en raison d'une demande de prestation alliée, — ce qui n'a pas donné lieu de la part de la Délégation allemande à la remarque que l'imputation devrait également se faire pour des frais d'évacuation avant le 1er septembre 1924, dont les conséquences financières n'avaient pas pu être réglées avant cette date;

que le principe, dont les Délégations alliées désirent l'insertion dans les Observations Générales, a été appliqué jusqu'ici sans contradiction dans le Règlement;

Je suis d'avis,

qu'il est désirable, pour mettre fin au doute exprimé à ce sujet, d'ajouter aux Observations Générales la disposition suivante:

(*) « 11. — *Seules les prestations ou les parties de prestations effectuées après le 31 août 1924 peuvent donner lieu à imputation.* »

Le 18 mars 1925.

Signé: **Patijn.**

(*) Cette Observation porte le numéro 2 dans le Règlement. (Voir page 12.)

Anlagen Nr. 4 bis 9

Schiedssprüche Nr. 23 bis 28

Anlage Nr. 4

Schiedsspruch Nr. 23

Die alliierten Delegationen wünschen den Allgemeinen Bemerkungen eine Bestimmung anzufügen, des Inhalts, daß allein die nach dem 31. August 1924 getätigten Leistungen oder Teile von Leistungen Anlaß zu einer Anrechnung geben können. Die deutsche Delegation ist dagegen der Ansicht, daß es recht und billig wäre, die Anrechnung der Kosten von vor dem 1. September getätigten Leistungen insoweit zu ermöglichen, als die Erteilung einer Zahlungsanweisung für diese Summen etwa vor beregtem Zeitpunkt nicht hat erfolgen können und als demzufolge die Zahlungen des Reiches etwa nach diesem Zeitpunkt erfolgt sind.

In Erwägung dessen,

daß der 1. September 1924 von den Parteien als das Datum des Inkrafttretens des Dawes-Berichtes anerkannt wird;

daß die Aufgabe des Komitees darin besteht, festzustellen, welche Gattungen von Leistungen kraft des Dawes-Planes auf die Annuitäten anzurechnen sind;

daß es demgemäß zweifelhaft ist, ob das Komitee dafür zuständig ist, Entscheidungen über die Anrechnung von vor dem 1. September 1924 liegenden Leistungen zu treffen;

daß man überdies in mehrerer der zustandegebrachten Abkommen das Prinzip zugrunde gelegt hat, daß allein die nach dem 31. August 1924 getätigten Leistungen Anlaß zu einer Anrechnung geben können, so z. B. in dem Abkommen 9 (Abschnit VII. C.), welches bestimmt, daß die vom Reiche seinen Staatsangehörigen, die wegen einer alliierten Leistungsforderung ihre Behausungen nach dem 31. August 1924 haben räumen müssen, gewährten Entschädigungen anzurechnen sind —, was von seiten der deutschen Delegation keinen Anlaß zu der Bemerkung gegeben hat, die Anrechnung müsse ebenfalls für Räumungskosten vor dem 1. September 1924 erfolgen, bezüglich deren finanziellen Folgeerscheinungen eine Regelung vor diesem Zeitpunkt nicht hatte vorgenommen werden können;

daß der Grundsatz, dessen Aufnahme in die Allgemeinen Bemerkungen die alliierten Delegationen wünschen, bisher unwidersprochen im Codex zur Anwendung gekommen ist,

bin ich der Ansicht,

daß es, um dem diesbezüglich zum Ausdruck gebrachten Zweifel ein Ende zu machen, wünschenswert ist, den Allgemeinen Bemerkungen folgende Bestimmung anzufügen:

(*) »XI. Allein die nach dem 31. August 1924 getätigten Leistungen oder Teile von Leistungen können Anlaß zu einer Anrechnung geben.«

Den 18. März 1925.

gez. **Patijn.**

(*) Diese Bemerkung trägt die Nr. 2 im Reglement (s. S. 13).

Annexe N° 5

Décision arbitrale N° 24

La Délégation allemande est d'avis que lors de l'occupation d'une exploitation, l'imputation doit comprendre les indemnités pour la résiliation de contrats à livraison et d'autres contrats. Les Délégations alliées estiment que la portée d'une pareille disposition ne pourrait être prévue et qu'il ne doit pas y avoir par conséquent d'imputation d'indemnités résultant de la résiliation des contrats en question.

Je crois devoir me rallier au point de vue de la Délégation allemande.

Si par suite de l'occupation d'une exploitation des contrats sont résiliés par le propriétaire de cette exploitation, ce dernier est exposé à des demandes d'indemnité de la part de ses co-contractants. Pour les paiements qu'il doit effectuer de ce chef, il a recours sur le *Reich*, tant en vertu de la loi allemande qu'en vertu de l'équité. Il se peut que le *Reich* ait à allouer en conséquence des indemnités qui (en vertu des principes du Plan Dawes) devront être imputées.

Je suis donc d'avis qu'un second paragraphe devra être ajouté à l'Observation Générale N° 6 concernant l'occupation d'une exploitation. Ce paragraphe devra être lu comme suit:

« *En outre, il y aura imputation du montant des indemnités pour la résiliation de* « *contrats à livraison et d'autres contrats non mentionnés à l'alinéa 1. Si de pareils* « *contrats ont été conclus avant le 9 avril 1924, ils serviront de base à l'évaluation du* « *montant des indemnités; sinon, l'imputation ne se fera que pour autant que ces indem-* « *nités auraient été reconnues nécessaires et d'un montant raisonnable et qu'elles con-* « *stitueraient une charge réelle pour le Reich.* »

Le 18 mars 1925. **Signé: Patijn.**

Anlage Nr. 5

Schiedsspruch Nr. 24

Die deutsche Delegation ist der Ansicht, daß bei Beschlagnahme eines Betriebes die Anrechnung die Entschädigungen für Aufhebung von Lieferungs- und sonstigen Verträgen mit umfassen muß. Die alliierten Delegationen sind der Meinung, die Tragweite einer solchen Bestimmung sei nicht vorauszusehen, und demgemäß dürfe keine Anrechnung der sich aus der Aufhebung der in Rede stehenden Verträge ergebenden Entschädigungen erfolgen.

Ich glaube mich der Anschauung der deutschen Delegation anschließen zu sollen.

Wenn infolge der Beschlagnahme eines Betriebes Verträge von dem Eigentümer des letzteren aufgehoben werden, ist dieser Entschädigungsforderungen von seiten seiner Mitkontrahenten ausgesetzt. Für die aus diesem Anlaß von ihm zu bewirkenden Zahlungen nimmt er sowohl kraft des deutschen Gesetzes als auch aus Gründen der Billigkeit Regreß gegen das Reich. Es ist möglich, daß das Reich demzufolge Entschädigungen zuzubilligen hat, die dann Anrechnung zu finden haben (kraft der Grundsätze des Dawes-Planes).

Ich bin also der Ansicht, daß der Allgemeinen Bemerkung Nr..... über die Beschlagnahme eines Betriebes ein zweiter Absatz anzufügen ist. Dieser Absatz muß wie folgt lauten:

»Überdies soll für den Betrag der Entschädigungen für Aufhebung von im Absatz 1 nicht erwähnten Lieferungs- und sonstigen Verträgen Anrechnung erfolgen. Sind solche Verträge vor dem 9. April 1924 geschlossen worden, sollen sie der Bewertung des Betrages der Entschädigungen zur Grundlage dienen, andernfalls soll Anrechnung nur insoweit erfolgen, als besagte Entschädigungen als notwendig und ihrem Betrag nach angemessen anerkannt worden sind und als sie eine wirkliche Belastung für das Reich darstellen.«

den 18. März 1925. gez. **Patijn.**

Annexe N° 6

Décision arbitrale N° 25

Observation ad V. 2 *(c)*

Selon l'avis des Délégations alliées, il y a lieu d'ajouter une disposition au Règlement prévoyant le cas où les Alliés occupent après le 31 août 1924 un logement d'habitation construit volontairement par le *Reich* en évacuant simultanément un logement d'habitation construit sur leur ordre. Elles proposent d'insérer à cet effet après la disposition V. 2 *c* l'observation suivante :

« Toutefois si en occupant un logement d'un tel immeuble les Alliés éva-
« cuent par le fait même un logement d'un immeuble construit sur leur ordre,
« il n'y aura imputation que de la différence de la valeur locative entre le
« premier et le second logement. Cette règle n'est applicable qu'à un échange
« de logement situés dans une même zone d'évacuation d'après la définition de
« l'article 429 du Traité de Versailles. »

La Délégation allemande a fait valoir comme objection à l'insertion de cette observation : qu'ainsi le *Reich* serait frustré de l'avantage qui lui incomberait si les dispositions V. 2 *b* et *c* n'étaient pas restreintes; ensuite, qu'une telle disposition donnerait lieu, dans la pratique, à toutes sortes de difficultés.

Il me semble que la restriction proposée à la disposition V. 2 *c* est équitable et ne va pas à l'encontre du principe de la décision arbitrale N° 1. Cette décision en effet était basée sur la considération que si les Alliés occupent après le 31 août 1924 des bâtiments volontairement construits par le *Reich* et d'après leur nature susceptibles d'être loués, le *Reich* est frustré d'une recette, sur laquelle il pouvait compter, et ce qui devait donner lieu, en raison des principes du Rapport des Experts, à une imputation. Mais dans le cas spécial que visent les Délégations alliées cette perte financière pour le *Reich* serait compensée par le fait que le *Reich* recevrait la libre disposition d'une maison occupée jusqu'à cette date, laquelle occupation ne donnait pas lieu à imputation. Dans le cas d'un tel échange de logements le motif qui est à la base de la disposition V. 2 *c* disparaît. J'estime qu'il est équitable de permettre une exception à cette disposition, dans les limites formulées dans l'observation proposée.

L'objection de la Délégation allemande est exacte qui fait valoir que si la nouvelle observation n'était pas inséré, le *Reich* se verrait non seulement imputer le loyer du logement nouvellement occupé, mais aurait en outre l'occasion de louer le logement évacué; de sorte que le *Reich* serait frustré d'un avantage par l'insertion de l'observation proposée par les Délégations alliées. Toutefois la disposition du V. 2 *c* n'avait pas pour but de procurer un avantage financier au *Reich*, sur lequel il ne pouvait pas compter, mais uniquement de le préserver d'une perte qu'il ne devait pas subir selon les principes du Rapport des Experts. Or dans le cas de l'échange de logements en question, cette dernière éventualité ne se présentera pas.

En ce qui concerne les difficultés d'ordre pratique que craint la Délégation allemande, j'estime qu'elles ne sont pas si importantes qu'elles justifieraient la non-insertion d'une disposition équitable en soi-même. La fixation et le décompte de la valeur locative des logements en question ne donneront pas lieu à plus de difficultés que beaucoup d'autres cas non prévus dans le Règlement. Un abus possible en cas d'évacuation complète d'une zone par les armées d'occupation a été prévu par la rédaction même de l'observation.

Anlage Nr. 6

Schiedsspruch Nr. 25

Fußnote zu V 2 (c)

Nach Ansicht der alliierten Delegationen ist es geboten, dem Codex eine Bestimmung hinzuzufügen, welche den Fall zu regeln hätte, wo die Alliierten nach dem 31. August 1924 ein vom Reiche freiwillig erbautes Wohnquartier beschlagnahmen unter gleichzeitiger Räumung eines auf ihren Befehl erbauten Wohnquartieres. Sie schlagen vor, zu diesem Zweck hinter der Bestimmung V 2 (c) folgende Anmerkung aufzunehmen:

> »Wenn indessen bei Beschlagnahme eines Quartiers in einem solchen Gebäude die Alliierten aus gleichem Anlaß ein Quartier eines auf ihren Befehl erbauten Gebäudes räumen, soll nur die zwischen dem Mietwert des ersten und des zweiten Quartiers bestehende Spanne Anrechnung finden. Diese Bestimmung ist nur auf einen Tausch von Quartieren anwendbar, die in einer und derselben Räumungszone nach der Begriffsbestimmung des Artikels 429 des Versailler Vertrages gelegen sind.«

Die deutsche Delegation hat als Einwand gegen Aufnahme obiger Anmerkung geltend gemacht: erstens, daß auf diese Weise das Reich um den Vorteil gebracht würde, der ihm zufallen würde, wenn die Bestimmungen V 2 (b) und (c) nicht eingeschränkt würden, sodann, daß eine solche Bestimmung in der Praxis zu allen möglichen Schwierigkeiten führen würde.

Mir scheint, daß die vorgeschlagene Einschränkung der Bestimmung V 2 (c) recht und billig ist und nicht dem Grundsatz des Schiedsspruchs Nr. 1 zuwiderläuft. Dieser Schiedsspruch beruhte in der Tat auf der Erwägung, daß, wenn die Alliierten nach dem 31. August 1924 vom Reich freiwillig erbaute und ihrer Natur nach vermietbare Gebäude beschlagnahmen, das Reich um eine Einnahme gebracht wird, auf die es rechnen konnte, ein Umstand, der im Hinblick auf die Grundsätze des Sachverständigenberichtes zu einer Anrechnung Anlaß geben mußte. Aber in dem von den alliierten Delegationen ins Auge gefaßten Sonderfall würde dieser finanzielle Verlust für das Reich durch die Tatsache ausgeglichen werden, daß das Reich die freie Verfügung über ein bis zu diesem Zeitpunkt beschlagnahmtes Haus — eine Beschlagnahme, die keinen Anlaß zur Anrechnung gab — erhalten würde. In dem Falle eines solchen Quartiertausches verschwindet das Motiv, welches der Bestimmung V 2 (c) zugrunde liegt. Ich bin der Ansicht, daß es gerecht und billig ist, innerhab der in der vorgeschlagenen Anmerkung formulierten Grenzen eine Ausnahme von obiger Bestimmung zuzulassen.

Die deutsche Delegation hat recht mit ihrem Einwand, wenn sie geltend macht, daß, wenn die neue Anmerkung nicht aufgenommen würde, das Reich nicht nur den Mietzins für das neu beschlagnahmte Quartier angerechnet bekommen würde, sondern überdies Gelegenheit dazu hätte, das geräumte Quartier zu vermieten, so daß das Reich durch Aufnahme der von den alliierten Delegationen in Vorschlag gebrachten Anmerkung um einen Vorteil gebracht werden würde. Jedoch bezweckte die Bestimmung V 2 (c) nicht, dem Reich einen finanziellen Vorteil zu verschaffen, auf den es nicht rechnen konnte, sondern einzig und allein, es vor einem Verlust zu bewahren, den es nach den Grundsätzen des Sachverständigenberichtes nicht erleiden dürfte. In dem Falle des in Rede stehenden Quartiertausches wird nun aber letztere Eventualität nicht auftreten.

Was die praktischen Schwierigkeiten betrifft, welche die deutsche Delegation befürchtet, bin ich der Meinung, daß sie nicht so bedeutend sind, die Nichtaufnahme einer an sich gerechten Bestimmung zu rechtfertigen. Die Festsetzung und Verrechnung des Mietwertes der in Rede stehenden Quartiere wird zu nicht mehr Schwierigkeiten führen, als viele andere in dem Codex vorgesehenen Fälle. Ein möglicher Mißbrauch in dem Falle vollständiger Räumung einer Zone durch die Besatzungsarmeen ist durch die Fassung der Anmerkung selbst vorgesehen worden.

Par conséquent, j'estime qu'une observation devra être insérée sous le V. 2 *c* au bas de la page, qui devra être lue comme suit :

« *Toutefois si en occupant un logement d'un tel immeuble les Alliés évacuent par le* « *fait même un logement d'un immeuble construit sur leur ordre, il n'y aura imputation* « *que de la différence de la valeur locative entre le premier et le second logement. Cette* « *règle n'est applicable qu'à un échange de logements situés dans une même zone d'éva-* « *cuation d'aprés la définition de l'article 429 du Traité de Versailles.* »

Le 23 mars 1925.

Signé : **Patijn.**

Demgemäß bin ich der Ansicht, daß unter V 2 (c) als Fußnote eine Anmerkung aufzunehmen ist, die folgendermaßen zu lauten hat:

»Wenn indessen bei Beschlagnahme eines Quartiers eines solchen Gebäudes die Alliierten aus gleichem Anlaß ein Quartier eines auf ihren Befehl erbauten Gebäudes räumen, soll nur die zwischen dem Mietwert des ersten und des zweiten Quartiers bestehende Spanne Anrechnung finden. Diese Bestimmung ist nur auf einen Tausch von Quartieren anwendbar, die in einer und derselben Räumungszone nach der Begriffsbestimmung des Artikels 429 des Versailler Vertrages gelegen sind.«

Den 23. März 1925.

gez. **Patijn.**

Annexe N° 7

Décision arbitrale N° 26

Chemins de Fer

Cession de locaux

Les Délégations alliées désirent appliquer les règles qui ont été adoptées pour les immeubles du *Reich*. La Délégation allemande estime qu'il y a lieu d'imputer pour la remise de locaux, magasins, etc., un montant correspondant au loyer en usage dans la région, majoré de frais occasionnés par les travaux de réparations nécessités par une usure extraordinaire.

Le point de vue des Délégations alliées se base sur le fait que, d'après la loi allemande du 30 août 1924 concernant la « *Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft* », les chemins de fer du *Reich*, y compris tous les immeubles, sont et restent propriété du *Reich* et que par conséquent les règles fixées pour les bâtiments et terrains appartenant au *Reich* devront être appliquées également en ce qui concerne les locaux, magasins, etc., mis à la disposition des armées d'occupation par la *D. R. G.*

Avec la Délégation allemande je suis d'avis que cet argument n'est pas décisif pour la question qui nous occupe.

Les immeubles faisant partie des chemins de fer du *Reich* sont — indépendamment du fait que le *Reich* en est resté propriétaire — mis à la disposition de la *D. R. G.*, afin que cette dernière exploite, conformément au Rapport des Experts, les chemins de fer d'une façon purement commerciale. En outre, non seulement les finances des chemins de fer ont été entièrement séparées de celles du *Reich*, mais l'exploitation de ces chemins de fer a même été confiée à une personnalité juridique indépendante, la *D. R. G.* En troisième lieu, le Rapport Dawes a prescrit quelles sommes devront être rapportées par les chemins de fer allemands comme partie des paiements que l'Allemagne doit effectuer en vertu du Traité de Versailles.

La situation est donc telle que la personne juridique indépendante de la *D. R. G.* a non seulement le droit d'exploiter aussi lucrativement que possible les chemins de fer allemands et par conséquent aussi les immeubles et terrains y afférents, mais y est même obligée, tandis que sa part de contribution aux indemnités de guerre a été limitativement fixée par le Rapport Dawes. Il me paraît résulter de ce qui précède qu'il ne serait pas exact, au point de vue juridique, ni conforme aux principes du Rapport susmentionné si la *D. R. G.* était obligée de mettre, sans indemnisation, des immeubles ou parties d'immeubles à la disposition des Alliés. La *D. R. G.* pourra exiger de ce chef des indemnités du *Reich* et le montant de ces indemnités devra être imputé sur les annuités du Plan Dawes selon les règles ordinaires.

J'estime par consequent qu'il est juste qu'en ce qui concerne les immeubles en question les règles fixées pour les immeubles appartenant à de tierces personnes devront être appliquées.

Le paragraphe XV du projet de Règlement pour les chemins de fer devra donc être lu comme suit :

> **XV. — Cession de locaux** — *Pour la remise de locaux, magasins, etc., les règles fixées pour les immeubles appartenant à des particuliers et occupés par les Alliés seront appliquées.*

Le 23 mars 1925. Signé: **Patijn.**